

Landesärztekammer Brandenburg, Hauptgeschäftsstelle
Postfach 10 14 45, 03014 Cottbus

Deutscher Bundestag
Vorsitzende des Ausschusses für
Gesundheit
Frau Dr. Martina Bunge
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen: we
Unsere Nachricht vom:

Referat: Büro des Präsidenten
Bearbeiter: Heike Wetterau
Telefon: 0355 78010-12
Telefax: 0355 78010-66
E-Mail: praesident@laekb.de

Datum: 10.01.2006

Sehr geehrte Frau Dr. Bunge,

anbei übersende ich Ihnen mein Schreiben an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum vorliegenden Entwurf eines Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetzes zur Kenntnisnahme und der Bitte um Einarbeitung unseres Anliegens in Ihre Fraktionsarbeit.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. med. Udo Wolter

Anlage gem. Text

Der Präsident

Dreifertstraße 12
03044 Cottbus
Telefon (0355) 7 80 10 12
Telefax (0355) 7 80 10 66

LANDESÄRZTEKAMMER BRANDENBURG



Körperschaft
des öffentlichen Rechts

Landesärztekammer Brandenburg, Hauptgeschäftsstelle
Postfach 10 14 45, 03014 Cottbus



Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen: hei-we
Unsere Nachricht vom:

Referat: Büro des Präsidenten
Bearbeiter: Heike Wetterau
Telefon: 0355 78010-12
Telefax: 0355 78010-66
E-Mail: praesident@laekb.de

Datum: 09.01.2006

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

aufgrund des Drucks und der Situation in der Ärzteschaft sehe ich mich veranlasst, Ihnen dringend die Position der brandenburgischen Ärzteschaft zum Entwurf eines Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetzes vorzutragen.

Bitte gehen Sie davon aus, dass die Ärzteschaft sich der Verantwortung für eine wirtschaftliche Verordnungsweise durchaus bewusst ist. Wenn aber Ärzte, wie in dem Gesetzentwurf enthalten ist, mit Honorareinbußen bestraft werden sollen, wenn sie staatlich festgesetzte Verordnungsmengen überschritten haben, andere aber finanziell belohnt werden, wenn sie darunter geblieben sind, dann hat das nichts mehr mit einer individuellen Versorgung der Patienten zu tun. Mit dieser Denk- und Handlungsweise würden vor allem solche Ärzte in Konflikte getrieben werden, die sich in wirtschaftlich schwierigen Situationen befinden. Insgesamt kann diese Verordnungsweise aber nicht Ziel einer rationellen Therapie sein. Der Arzt darf nicht dafür bestraft werden, dass er seinen Patienten notwendige Arzneimittel ausreichend verordnet.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Finanzierung des Gesundheitswesens gegenwärtig völlig unzulänglich gestaltet ist. Dass wir dennoch eine gute medizinische Versorgung haben, ist ausschließlich dem Engagement der Ärztinnen und Ärzte zu verdanken, die mit Millionen Überstunden in Krankenhäusern und unter enormem Honorarverzicht im ambulanten Bereich die Versorgung aufrecht erhalten.

Kein Arzt darf dafür bestraft werden, dass er seinen Patienten notwendige Arzneimittel ausreichend verordnet.

Eine weitere Problematik sehen wir darin, dass die Tagestherapiekosten im Laufe der Zeit kontinuierlich abgesenkt werden, und so über die Malus-Regelung eine weitere Rationierung per Gesetz erfolgt. Hiermit wird nicht die individuelle Verantwortung des Arztes für seine Versorgungspraxis gestärkt, wie es im Gesetzentwurf heißt, sondern das Arzt-Patienten-Verhältnis in nicht zu verantwortender Weise beschädigt.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
ich bitte Sie, im Auftrag der brandenburgischen Ärzteschaft, sich mit all Ihrer Kompetenz dafür einzusetzen, dass der vorliegende Entwurf des Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetzes in dieser Form nicht zum Beschluss kommt. Des weiteren bitte ich Sie freundlichst um

Ihre Antwort hierzu, da ich veranlasst bin, dem Parlament der brandenburgischen Ärzteschaft über die Aktivitäten des Vorstandes in dieser Richtung zu berichten.

Zu Ihrer Unterstützung habe ich dieses Anschreiben auch an Frau Bundesministerin Schmidt, die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages sowie die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition geschickt. Sie möchten daraus bitte entnehmen, wie ernst es uns um das vorgehend Dargestellte ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. Udo Wolter

